

## 6 Bevölkerung und Soziales

### 6.1 Bevölkerung

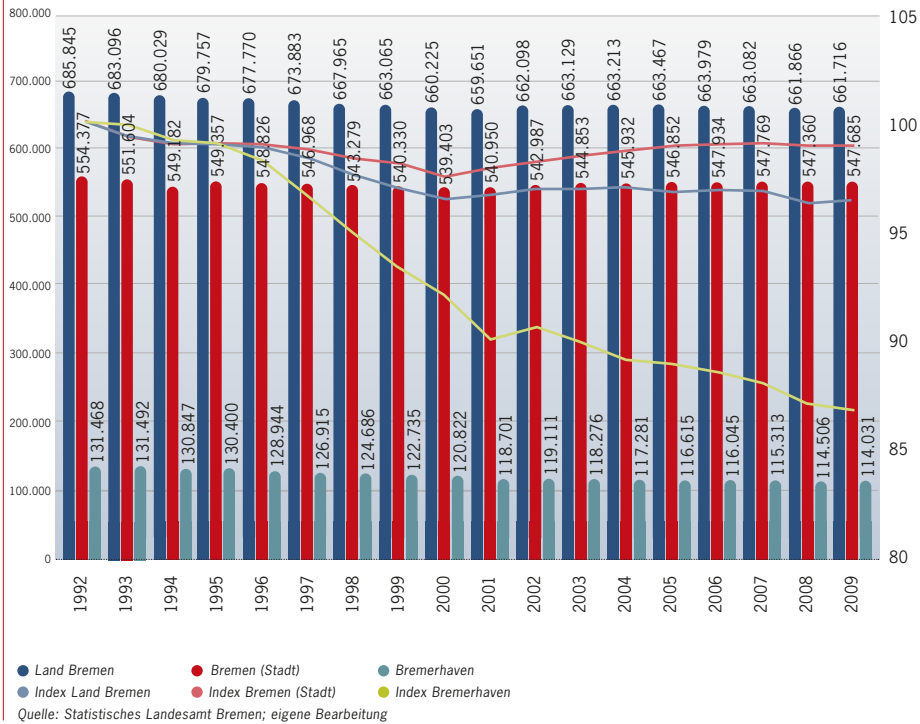
#### 6.1.1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft, wird älter und in ihrer Zusammensetzung heterogener: Die demografische Entwicklung mit ihren für die Bundesrepublik typischen Merkmalen eines anhaltenden Geburtenrückganges, einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft und eines wachsenden Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahren unter dem Schlagwort ›schrumpfende Bevölkerung‹ und auf kommunaler Ebene unter dem Begriff ›Stadtschrumpfung‹ in das Zentrum der öffentlichen Diskussion gerückt. Kontrovers diskutiert werden dabei vor allem die Folgen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, aber auch die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme. Eine schrumpfende Bevölkerung hat bei einer sich gleichzeitig verändernden demografischen Zusammensetzung neben dem rein quantitativen Bevölkerungsverlust zudem Auswirkungen auf das ›soziale Leben‹ und die Urbanität einer Stadt und stellt neue Anforderungen zum Beispiel an den Wohnungs- und Städtebau und die Integrationsleistung der Städte. Nicht zuletzt ändern sich die Anforderungen an die städtische Infrastruktur. Die demografische Entwicklung eines Landes wird im Wesentlichen durch die beiden Faktoren ›natürliche Bevölkerungsentwicklung‹ und ›Wanderungsbewegungen‹ beeinflusst.

#### 6.1.2 Bevölkerungsentwicklung im Land Bremen

Die Bevölkerungsentwicklung im Land Bremen war – nach einer Phase mit deutlichen Wanderungsgewinnen im Zuge der Wiedervereinigung und der Öffnung Osteuropas – vor allem gegen Ende des letzten Jahrhunderts von einem deutlichen Schrumpfungsprozess gekennzeichnet.

Abbildung 131  
Bevölkerungsentwicklung im Land Bremen 1992 bis 2009 (jeweils zum Jahresende)



Von diesem Einwohnerrückgang waren beide Städte des Landes betroffen, jedoch verlief die Entwicklung im gesamten Betrachtungszeitraum von 1992 bis 2009 mit unterschiedlicher Intensität: Während die Stadt Bremen einen Bevölkerungsrückgang von rund 6.700 Einwohnern verkraften musste, verlor die Seestadt seit 1992 über 13 Prozent (17.437 Personen) ihrer Bevölkerung. Dabei war vor allem die Entwicklung in Bremerhaven nicht Folge eines allmählichen Strukturwandels über mehrere Jahrzehnte, sondern vor allem durch den Niedergang der Werft- und Fischereiindustrie ein regelrechter ›Strukturbruch‹ in kürzester Zeit – die Bevölkerung wanderte ab. Die Kombination mit einem Negativsaldo der ›natürlichen Bevölkerungsentwicklung‹ verschärfte diese Entwicklung.

Abbildung 132  
Bevölkerungsentwicklung im Land Bremen 1992 bis 2009 (jeweils zum Jahresende); Veränderung in absoluten Werten

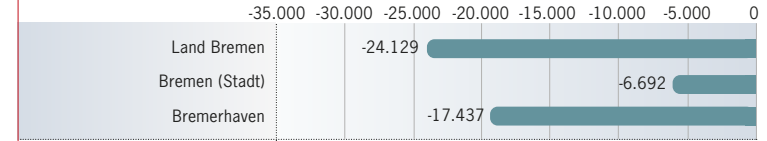
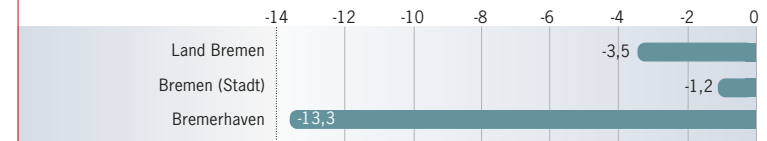
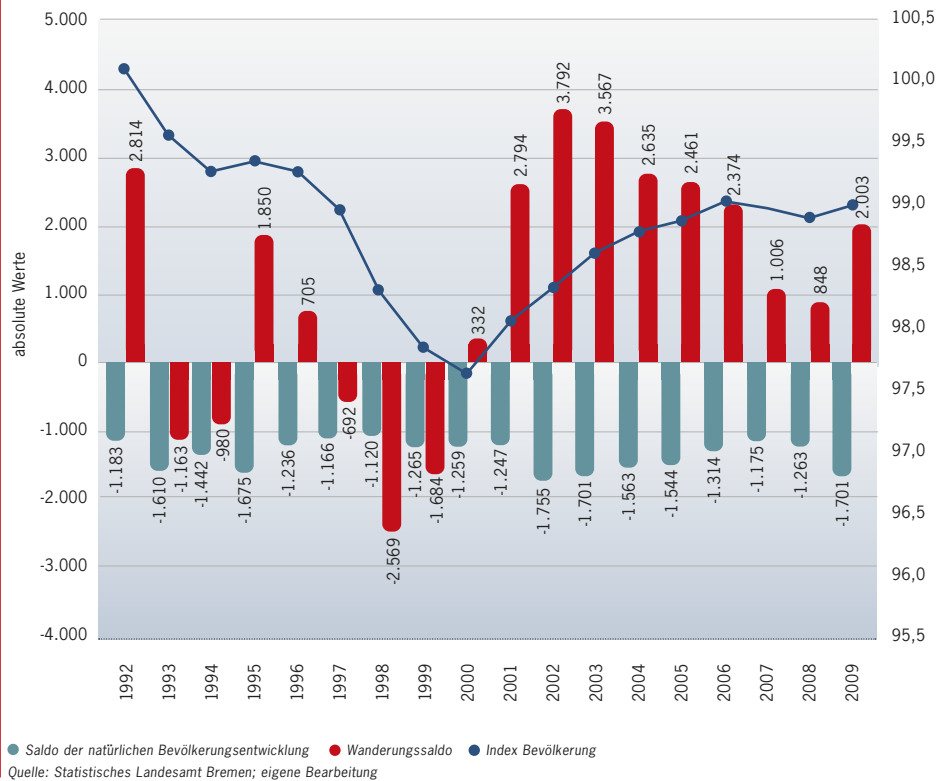


Abbildung 133  
Bevölkerungsentwicklung im Land Bremen 1992 bis 2009 (jeweils zum Jahresende); prozentuale Veränderung



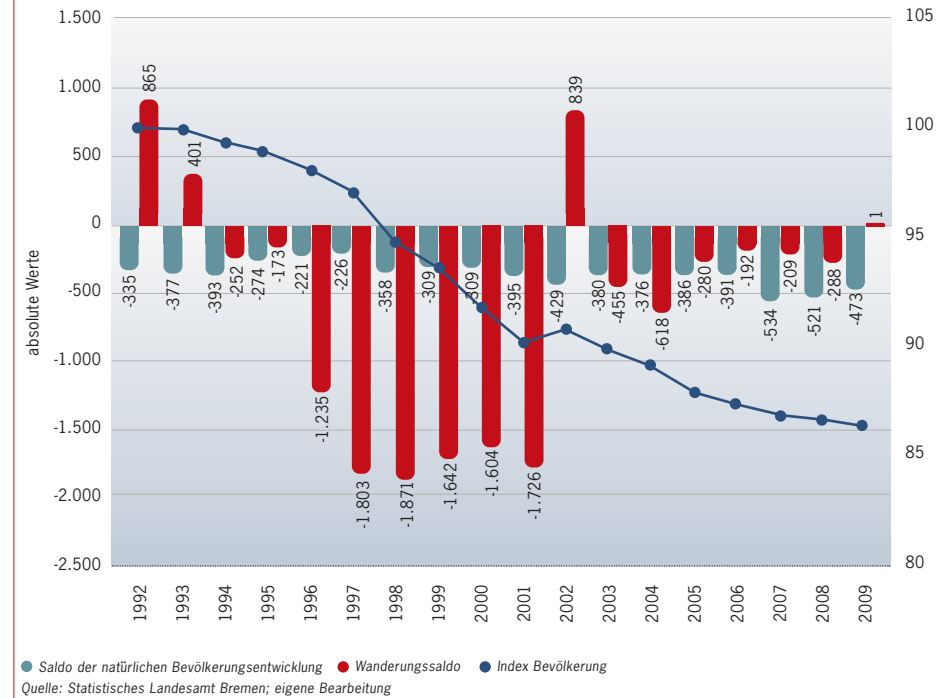
Seit Anfang des neuen Jahrtausends konnte dieser Trend – nicht zuletzt aufgrund positiver wirtschaftlicher Wachstumsimpulse – im Land Bremen weitgehend gestoppt werden. Von 2000 bis 2009 wuchs die Einwohnerzahl im Land Bremen sogar wieder schwach um rund 1.500 Personen: In der Stadt Bremen lebten im Jahr 2009 rund 8.300 Personen mehr als noch im Jahr 2000. Die Seestadt hingegen verlor im entsprechenden Zeitraum rund 6.800 Einwohner. Aber auch hier zeigen sich erste positive Anzeichen: Der Umfang der Stadtschrumpfung konnte deutlich reduziert werden und die Bevölkerungszahl auf einem niedrigen Niveau weitgehend stabilisiert werden (vgl. Abb. 131 bis 133).

Abbildung 134  
Bevölkerungsentwicklung Stadt Bremen (jeweils zum Jahresende) 1992 bis 2009



Bei der Bevölkerungsentwicklung einer Stadt spielen neben der ›natürlichen Bevölkerungsentwicklung‹ auch ›Wanderungsbewegungen‹ eine zentrale Rolle. Nur wenn der Saldo aus beiden Faktoren positiv ist, wächst eine Stadt. Die Abbildungen 134 und 135 zeigen die Entwicklung beider Faktoren für die Stadt Bremen und Bremerhaven auf. Deutlich wird, dass im gesamten Betrachtungsraum 1992 bis 2009 in beiden Städten die ›natürliche Bevölkerungsentwicklung‹ durchgehend negativ ist und Wachstumsimpulse ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen sind. In Bremerhaven weisen seit 1994 – mit der Ausnahme 2002 – sogar beide Faktoren durchgehend negative Werte auf.

Abbildung 135  
Bevölkerungsentwicklung Bremerhaven (jeweils zum Jahresende) 1992 bis 2009

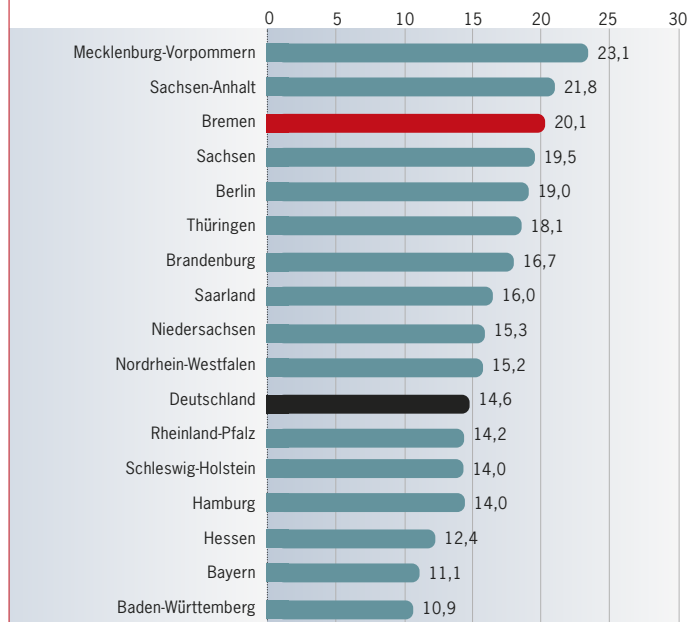


## 6.2 Soziales

### 6.2.1 Armutsgefährdungsquoten

Rund 15 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gelten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2009 als arm. Die sogenannte ›Armutsgefährdungsquote‹ gibt nach der Definition der Europäischen Union den Anteil der Personen an, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet (dem sogenannten Median) auskommen müssen. ›Die Ergebnisse gehen aus Berechnungen des Mikrozensus für das Jahr 2009 hervor, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen des Projekts ›Sozialbericht-erstattung der amtlichen Statistik‹ durchgeführt wurden.‹<sup>1</sup>

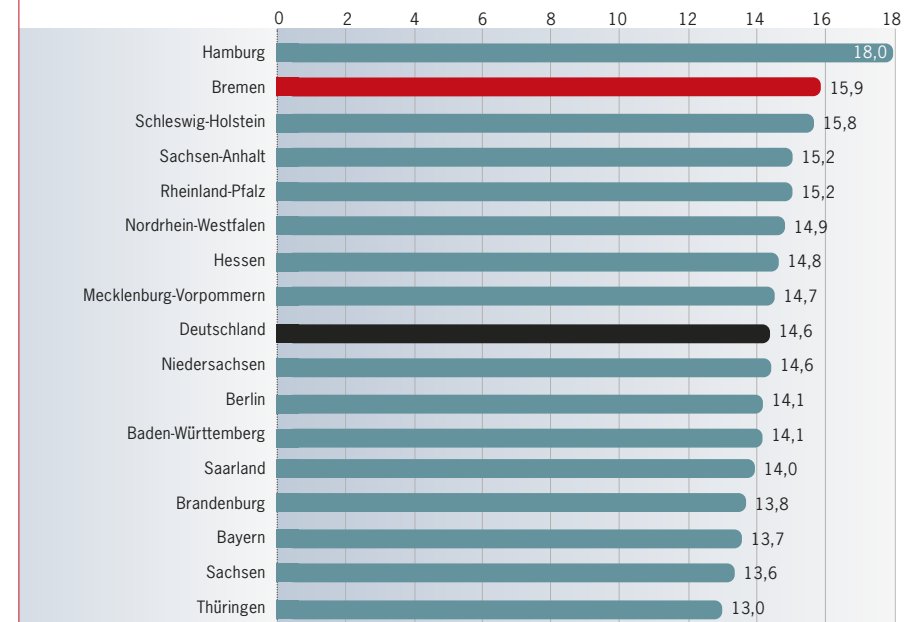
Abbildung 136  
Armutsgefährdungsquoten für 2009 nach Bundesländern;  
gemessen am Bundesmedian



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

Auffällig sind bei der Betrachtung der Armutsgefährdungsquoten auf Bundesländerebene hierbei vor allem deutliche Ost-West-Unterschiede: Während im Bundesvergleich 2009 beim Negativ-Spitzenreiter Mecklenburg-Vorpommern rund ein Viertel der Bevölkerung (23,1 Prozent) von relativer Armut betroffen ist, liegt der Wert in Baden-Württemberg mit 10,9 Prozent am niedrigsten. Bremen erzielt bei diesem Vergleich mit einem Anteil von rund 20,1 Prozent zwar den dritthöchsten Wert (vgl. Abb. 136); freilich berücksichtigt der Bundesmedian regionale Strukturunterschiede aber ebenso wenig wie das Stadt-/Landgefälle die Unterschiede zwischen Stadt- und Flächenstaaten. »Neben den dargestellten Armutsgefährdungsquoten gemessen am Bundesmedian werden im Rahmen der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik auch Armutsgefährdungsquoten gemessen am Landes- beziehungsweise regionalen Median berechnet. Hierzu wird das mittlere Einkommen (Median) im jeweiligen Bundesland beziehungsweise in der jeweiligen Region

Abbildung 137  
Armutsgefährdungsquoten für 2009 nach Bundesländern; gemessen am Landesmedian

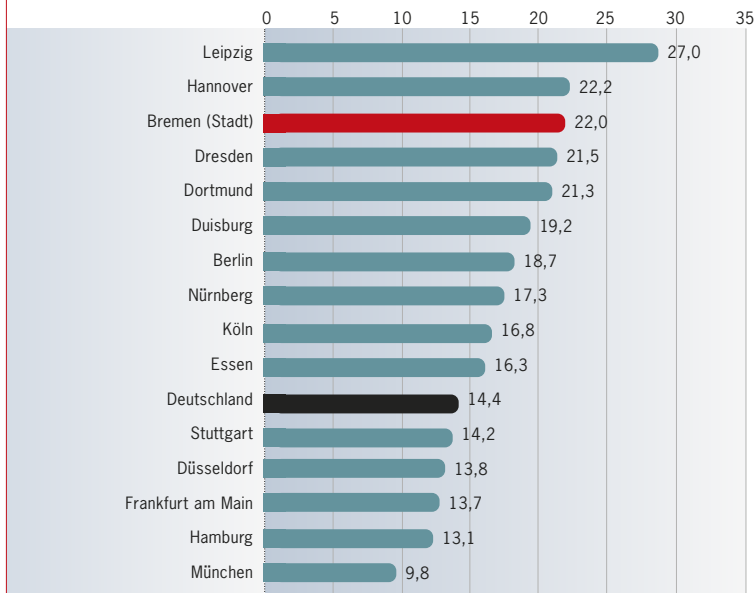


Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

herangezogen. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern beziehungsweise Regionen Rechnung getragen. Regionale Einkommensunterschiede werden zum Teil durch Unterschiede im Preisniveau (insbesondere im Mietniveau) ausgeglichen. Dies kann dazu führen, dass die Armutsgefährdung gemessen am Bundesmedian in prosperierenden Regionen unterschätzt und andererseits die Armut in Regionen mit einem relativ niedrigen Einkommensniveau überschätzt wird.<sup>2</sup>

Wählt man statt des Bundesmedians das mittlere regionale Einkommen als Vergleichsmaßstab (regionaler Median) sinkt im Land Bremen der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung zwar auf 15,9 Prozent; gleichwohl erzielt Bremen nach Hamburg (18,0 Prozent) das schlechteste Ergebnis im Bundesländervergleich (vgl. Abb. 137).

Abbildung 138  
Armutsgefährdungsquoten für 2008 nach Großstädten



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

Auch im Vergleich deutscher Großstädte schneidet die Stadt Bremen schlecht ab: Lediglich in Leipzig (27,0 Prozent) und in Hannover (22,2 Prozent) sind mehr Menschen von Armut betroffen als in der Hansestadt. Hier betrug die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2008 22,0 Prozent.<sup>3</sup> Grundsätzlich ist die Armutsgefährdung der Bevölkerung in den meisten deutschen Großstädten höher als im Bundesdurchschnitt von 14,4 Prozent. Lediglich die Städte München (9,8 Prozent) und Hamburg (13,1 Prozent) sowie die Städte Frankfurt am Main, Düsseldorf und Stuttgart mit jeweils rund 14 Prozent weisen im Städtevergleich kein überdurchschnittliches Armutsrisiko aus (vgl. Abb. 138).

Abbildung 139  
Registrierte Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdungsquoten in Deutschland; 2005 bis 2009

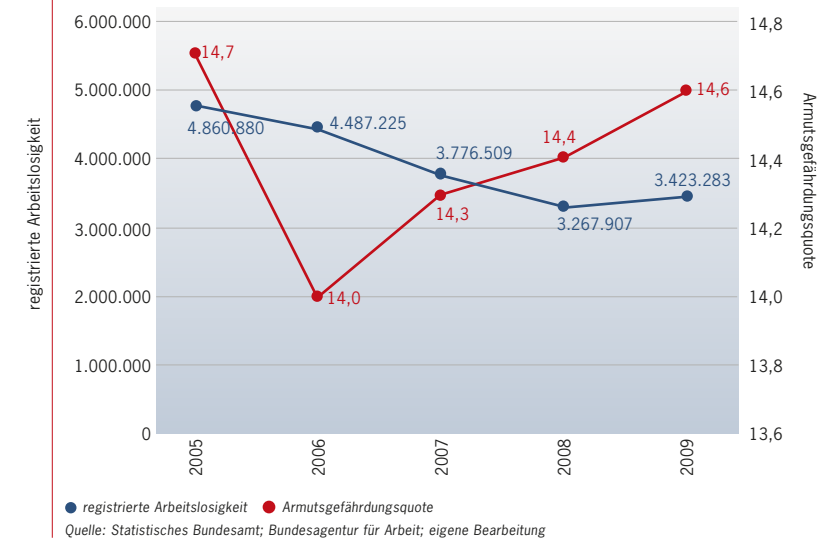
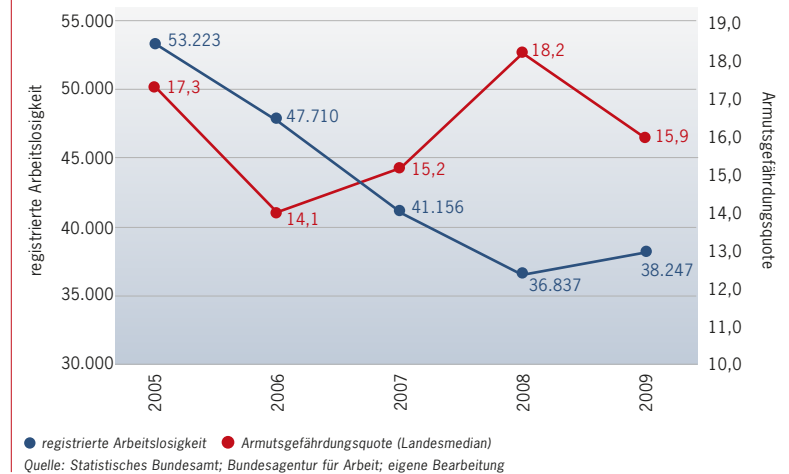


Abbildung 140  
Registrierte Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdungsquoten im Land Bremen; 2005 bis 2009



Der Hauptgrund für eine Armutsgefährdung stellt in der Bundesrepublik mit Sicherheit die hohe Arbeitslosigkeit dar. Mehr als die Hälfte der Erwerbslosen (54 Prozent) war im Jahr 2009 in Deutschland von Armut bedroht. Die hohe Armutsgefährdungsquote kann aber auch als ein Indikator für die Zunahme der »Armut in Arbeit« herangezogen werden. Denn auch für erwerbstätige Personen lässt sich in den letzten Jahren – vor allem begründet in der Ausweitung des Niedriglohnssektors und der Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse – ein zunehmendes Armutsrisiko beobachten.<sup>4</sup> Nicht zuletzt zeigt dies auch die zunehmende Anzahl von berufstätigen Hartz-IV-Empfängern (vgl. Kapitel 6.2.5).

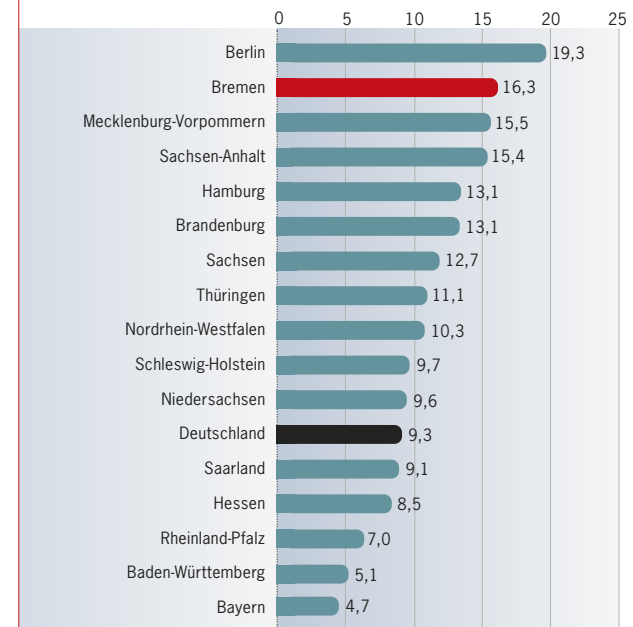
Dies zeigt auch der Vergleich der Entwicklung der Armutsgefährdungsquote mit der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen sowohl in Gesamt-Deutschland als auch im Land Bremen, wie er in den Abbildungen 139 und 140 vorgenommen wurde: Eine sinkende Anzahl von Arbeitslosen geht ab dem Jahr 2006 einher mit einer steigenden Armutsgefährdungsquote.<sup>5</sup> Im Land Bremen wurde dieser Trend entgegen der Bundesentwicklung im Krisenjahr 2009 unterbrochen.

### 6.2.2 Mindestsicherungsquote

Die Mindestsicherungsquote gibt auf der Basis einer Auswertung der Ergebnisse des Mikrozensus den Anteil an, den Empfänger folgender staatlicher Leistungen an der Gesamtbevölkerung haben: Leistungen nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB II, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge. Durch die Mindestsicherung nach dem SGB soll Armut vermieden werden. Die wichtigsten Ziele der Armutsvermeidung sind die Teilhabe an der Gesellschaft, die Eingliederung der Bezieher von Arbeitslosengeld II in eine Erwerbstätigkeit mit der sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen beziehungsweise den Umfang ihres Hilfebezugs mindern können. Für den agierenden Sozialstaat steht die Teilhabe an der Gesellschaft aller Bedürftigen im Vordergrund. Neben dem Einkommen, das über die Mindestsicherung erhöht wird, spielen dafür Faktoren wie Vermögen und Schulden, aber auch Gesundheit, Bildung und Erwerbstätigkeit eine wesentliche Rolle.



Abbildung 141  
Mindestsicherungsquote nach Bundesländern im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

Am Jahresende 2008 erhielten in Deutschland rund 7,6 Millionen Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit waren 9,3 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen, rund jeder elfte, auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Verlauf des Jahres 2008 sind für diese Leistungen Kosten in Höhe von 40,2 Milliarden Euro entstanden.<sup>6</sup>

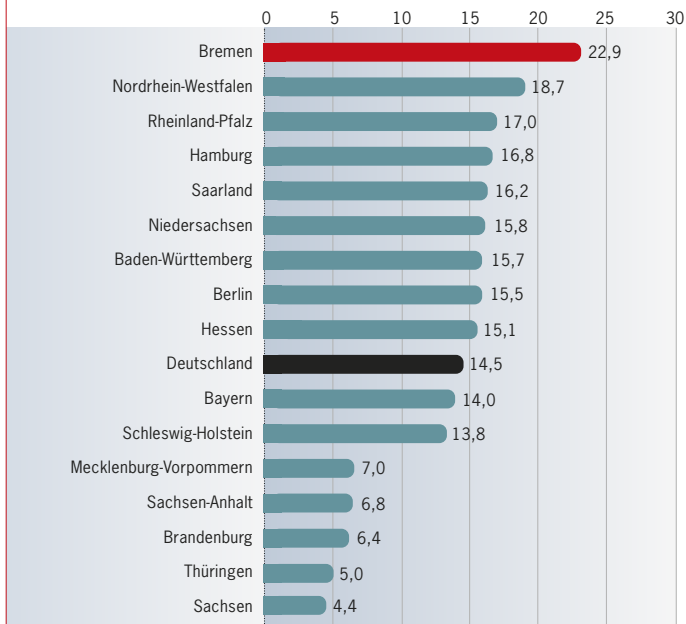
Im Land Bremen bezogen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2008 16,3 Prozent der Gesamtbevölkerung solche staatlichen Leistungen. In einem Bundesländervergleich erzielte Bremen damit hinter Berlin die zweithöchste Quote (vgl. Abb. 141).

### 6.2.3 Bildung

Bildung und Qualifikation gelten als die Schlüsselfaktoren für ein erfolgreiches Erwerbsleben. Personen ohne Berufsbildungsabschluss können sich im Allgemeinen auf dem Arbeitsmarkt schlechter behaupten und sind im größeren Umfang von Arbeitslosigkeit betroffen.

Dies bestätigt sich auch in den aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit für das Land Bremen. Von den von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen verfügten im Jahresdurchschnitt 2009 rund 60 Prozent über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Lediglich rund 32 Prozent verfügten über eine betriebliche oder schulische Ausbildung.<sup>7</sup>

Abbildung 142  
Personen mit niedrigem Bildungsstand nach Bundesländern im Jahr 2009;  
Angaben in Prozent



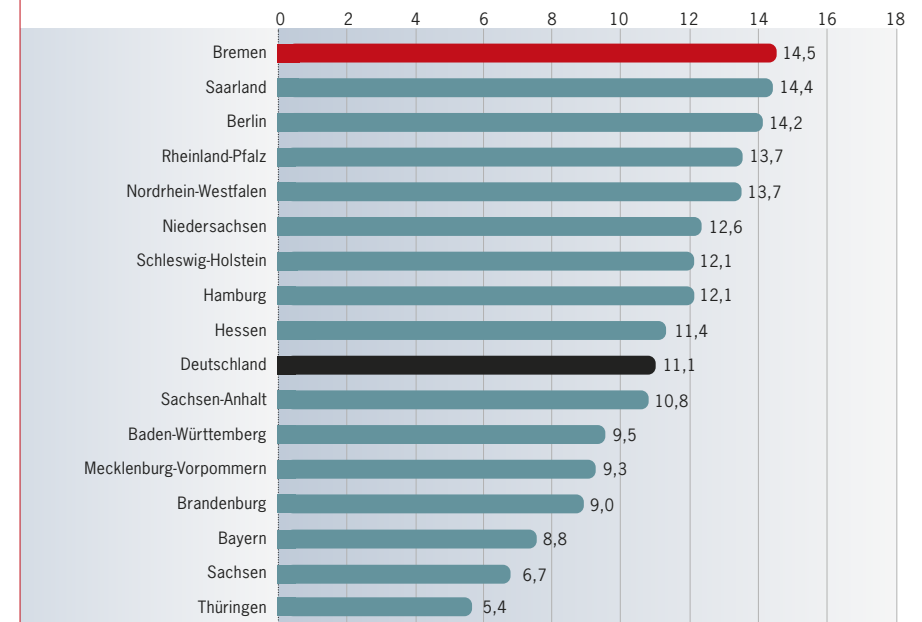
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

Im Land Bremen lag im Jahr 2009 der Anteil der Personen mit einem niedrigen Bildungsstand (Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit höchstens einem Abschluss im Sekundarbereich I – maximal ISCED II) an der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach einer Auswertung des Mikrozensus durch das Statistische Bundesamt bei 22,9 Prozent. Im Bundesländervergleich erzielt damit das Land Bremen das schlechteste Ergebnis (vgl. Abb. 142).

Der Anteil der »frühen Schulabgänger« (Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt) lag im Land Bremen im Jahr 2009 bei 14,5 Prozent. Auch hier führt das Land Bremen das Ranking im Bundesländervergleich an (vgl. Abb. 143).

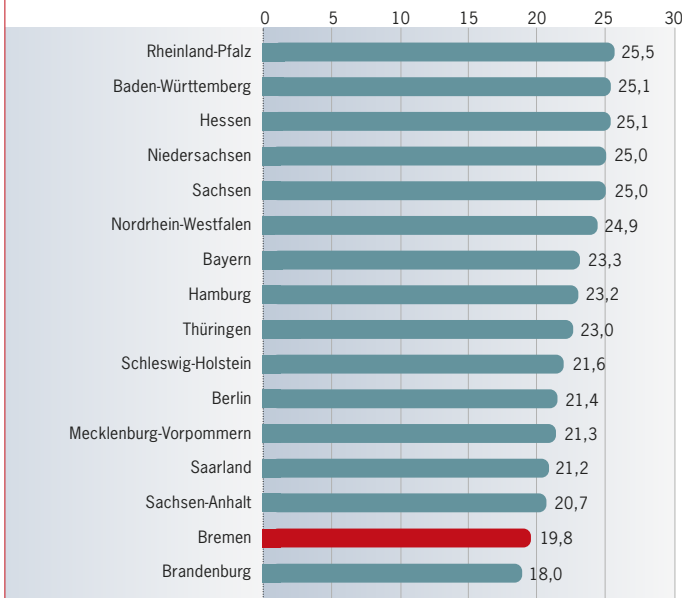
Die Bildungsausgaben, gemessen am Gesamthaushalt, betragen im Jahr 2008 im Land Bremen 19,8 Prozent – der nach dem Bundesland Brandenburg mit 18,0 Prozent zweitgeringste Anteil (vgl. Abb. 144).

Abbildung 143  
»Frühe Schulabgänger« nach Bundesländern im Jahr 2009; prozentualer Anteil



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

Abbildung 144  
**Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum öffentlichen Gesamtaushalt nach Ländern 2008 (vorläufiger Ist-Wert); Angaben in %**



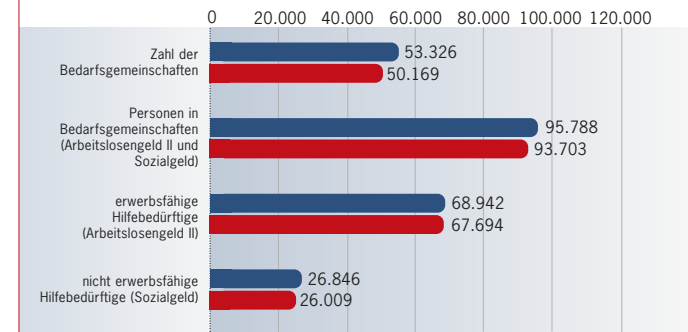
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

**6.2.4 Eckwerte zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II**

Zum 30.6.2009 lebten im Land Bremen in insgesamt 50.169 ›Bedarfsgemeinschaften‹ 93.703 Personen. 67.694 erwerbsfähige Hilfebedürftige erhielten Arbeitslosengeld II sowie 26.009 ›nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige‹ Sozialgeld. Dabei sind Bedarfsgemeinschaften solche Personenkreise, die nach Maßgabe des SGB II zusammen mit den Hilfebedürftigen im gleichen Haushalt leben und bei der Sicherung des Lebensunterhaltes mit ihrem Einkommen und Vermögen in eine gemeinsame Berechnung einbezogen werden.

Im Vergleich zum Jahr 2005 nahm damit im Land Bremen die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 5,9 Prozent ab; die Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften verringerte sich um 2,2 Prozent (vgl. Abb. 145).

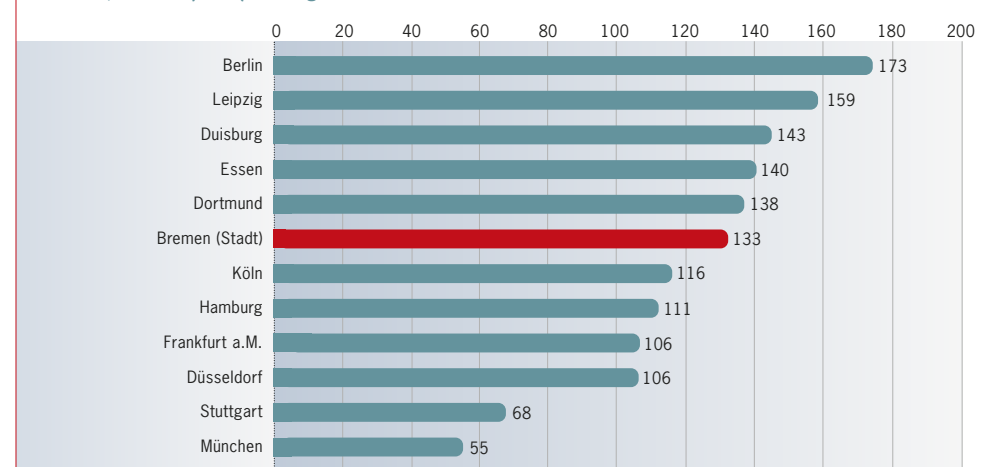
Abbildung 145  
**Eckwerte zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II im Land Bremen – absolute Werte; Berichtsmonat Juni des jeweiligen Jahres**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Bearbeitung

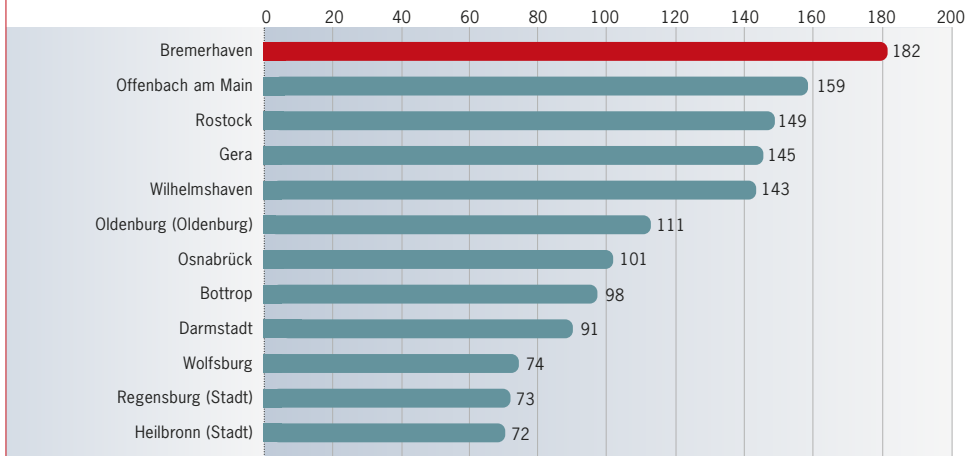
Im Vergleich zu entsprechenden Referenzstädten und bei differenzierter Betrachtung der beiden Schwesterstädte Bremen und Bremerhaven zeigen sich hier allerdings deutliche Unterschiede. Während sich die Stadt Bremen mit 133 Personen in Bedarfsgemeinschaften auf 1.000 Einwohner im Mittelfeld vergleichbarer Städte befindet, führt die Seestadt mit einem Wert von 182 Personen den Städtevergleich an (vgl. Abb. 146 bis 147).

Abbildung 146  
**Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften auf 1.000 Einwohner im Städtevergleich; Juni 2009; Bremen (Stadt) im Vergleich**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

Abbildung 147  
Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften auf 1.000 Einwohner im Städtevergleich;  
Juni 2009; Bremerhaven im Vergleich

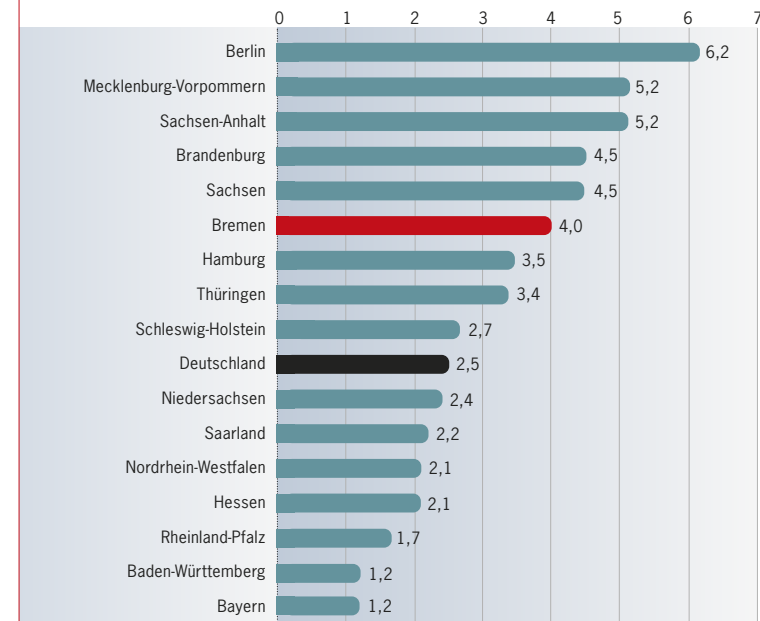


Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

### 6.2.5 Beschäftigte am Wohnort Land Bremen mit gleichzeitigem SGB-II-Leistungsbezug (sogenannte ›Aufstocker‹)

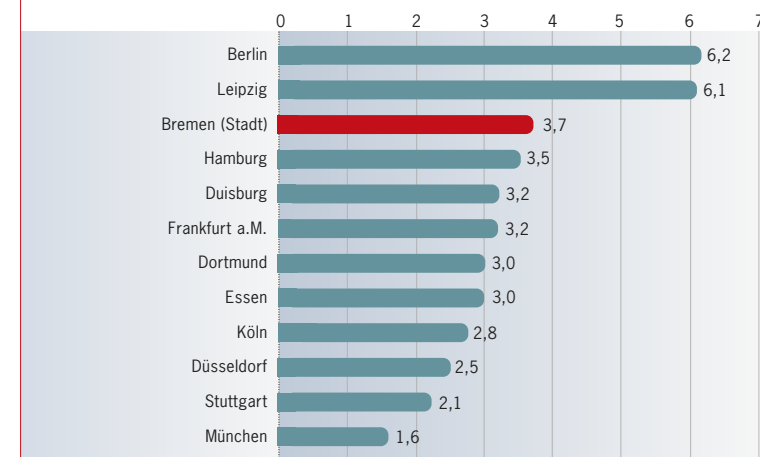
Arbeitslosengeld II erhalten nicht nur als arbeitslos registrierte Personen, sondern auch sogenannte ›erwerbstätige Leistungsbezieher‹. Unter ›erwerbstätigen Leistungsbeziehern‹ werden erwerbsfähige Hilfebedürftige mit Leistungsbezug in der Grundsicherung verstanden, die gleichzeitig Brutto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit (sowohl aus abhängiger als auch selbstständiger Erwerbstätigkeit) beziehen. Das SGB II war von Anbeginn keineswegs ausschließlich für Arbeitslose angelegt. Weil das Einkommen aus der Erwerbstätigkeit für die Deckung des täglichen Bedarfes schlicht nicht mehr ausreicht, ist ein großer Teil der Arbeitnehmer derzeit auf Leistungen des Staates angewiesen. Ist das erzielte Einkommen geringer als das Arbeitslosengeld II (Hilfebedürftigkeit trotz Arbeit), besteht als ›Aufstockung‹ Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Für Erwerbstätige hat das Arbeitslosengeld II somit auch die Funktion einer bedürftigkeitsabhängigen Lohn-Subvention durch den Staat. Die Möglichkeit des aufstockenden Bezugs von Arbeitslosengeld II wurde im Jahr 2005 aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Zuge der Hartz-Reformen eingeführt, so dass die Einstufung als bedürftiger Haushalt auch dann gewährt wird, wenn eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.

Abbildung 148  
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort mit gleichzeitigem SGB-II-Leistungsbezug nach Bundesländern am 30.6.2009 in Prozent



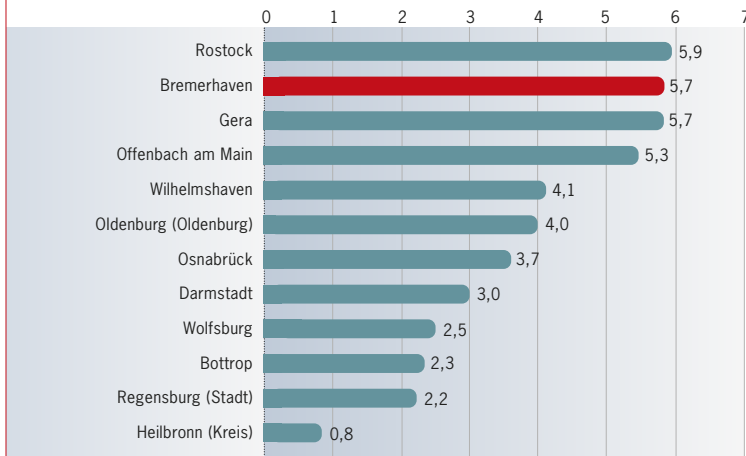
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Bearbeitung

Abbildung 149  
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort mit gleichzeitigem SGB-II-Leistungsbezug nach Städten am 30.6.2009 in Prozent; Bremen (Stadt) im Vergleich



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Bearbeitung

Abbildung 150  
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort mit gleichzeitigem SGB-II-Leistungsbezug nach Städten am 30.6.2009 in Prozent; Bremerhaven im Vergleich



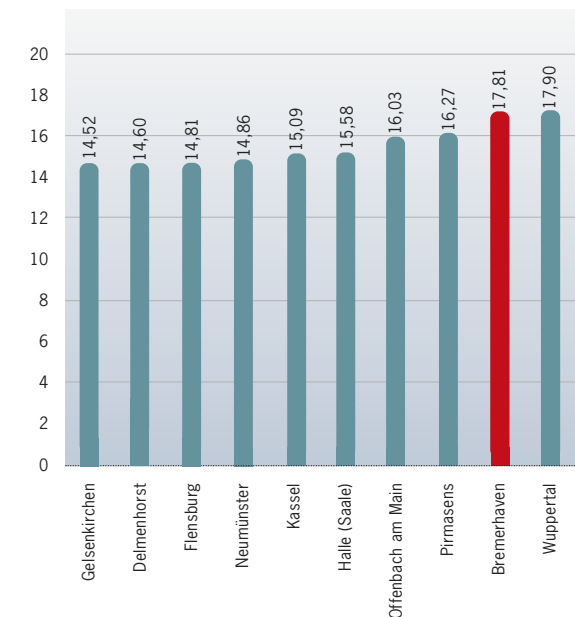
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Bearbeitung

Zum 30.6.2009 waren in Deutschland rund 670.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufgrund ihrer geringen Entlohnung auf staatliche Hilfe angewiesen, rund 2,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Vor allem in den östlichen Bundesländern sind die sogenannten ›Aufstocker‹ keine Seltenheit mehr: Beim Spitzenreiter Berlin lag ihr Anteil bei 6,2 Prozent an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt jeweils bei 5,2 Prozent. Das Land Bremen erreichte unter den westlichen Bundesländern mit 4,0 Prozent den höchsten Wert. Im Vergleich der Städte Bremen und Bremerhaven mit Städten entsprechender Größe landet Bremen mit 3,7 Prozent hinter Leipzig und Berlin auf dem drittschlechtesten Rang. Bremerhaven steht mit 5,7 auf dem zweitschlechtesten Rang und befindet sich nur knapp vor der Hansestadt Rostock. Richtet man den Blick auf die stark an Bedeutung gewinnende ›ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung‹ im Land Bremen (vgl. Abb. 59), erhöht sich der Anteil der ›Aufstocker‹ sogar auf 20,1 Prozent (vgl. Abb. 148 bis 150).

### 6.2.6 Überschuldung privater Haushalte

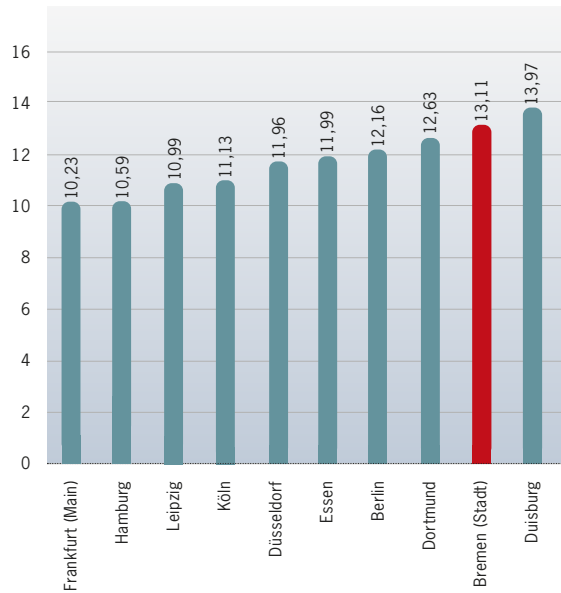
Eine Überschuldung privater Haushalte liegt dann vor, wenn die zu leistenden monatlichen Gesamtausgaben höher sind als die Einnahmen. Im Land Bremen und vor allem in der Stadt Bremerhaven lag im Jahr 2009 der Anteil der von Überschuldung bedrohten beziehungsweise bereits überschuldeten Privatpersonen im bundesweiten Vergleich auf einem besonders hohen Niveau: Die Schuldnerquote in der Stadt Bremen betrug 2009 13,11 Prozent und wies damit nach Duisburg die zweithöchste Schuldnerquote unter den deutschen Großstädten aus. In Bremerhaven erreichte die Schuldnerquote mit 17,81 Prozent sogar den zweithöchsten Wert im Vergleich der Städte mit der höchsten Schuldnerquote (vgl. Abb. 151/152).

Abbildung 151  
Die zehn Städte mit der höchsten Schuldnerquote



Quelle: Creditreform (2010): SchuldnerAtlas Deutschland 2009, eigene Bearbeitung

**Abbildung 152**  
Die zehn deutschen Städte mit mehr als 400.000 Einwohnern über 18 Jahren mit den höchsten Schuldnerquoten 2009

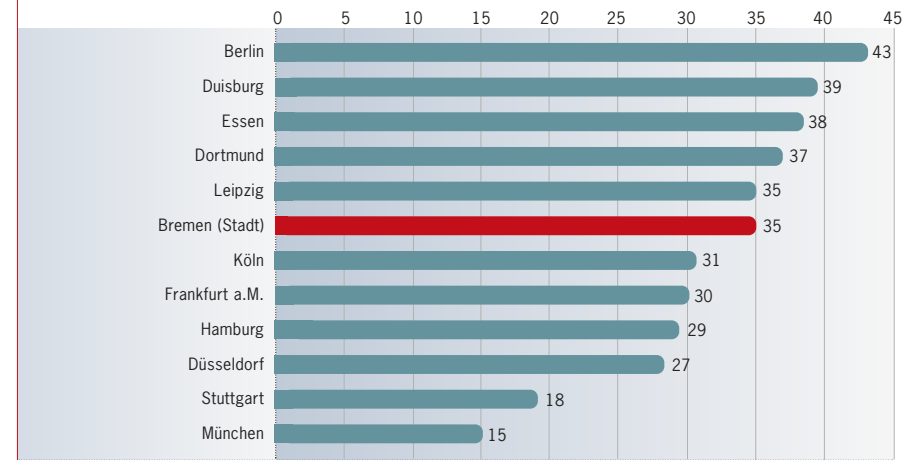


Quelle: Creditreform (2010): SchuldnerAtlas Deutschland 2009, eigene Bearbeitung

**6.2.7 Kinderarmut**

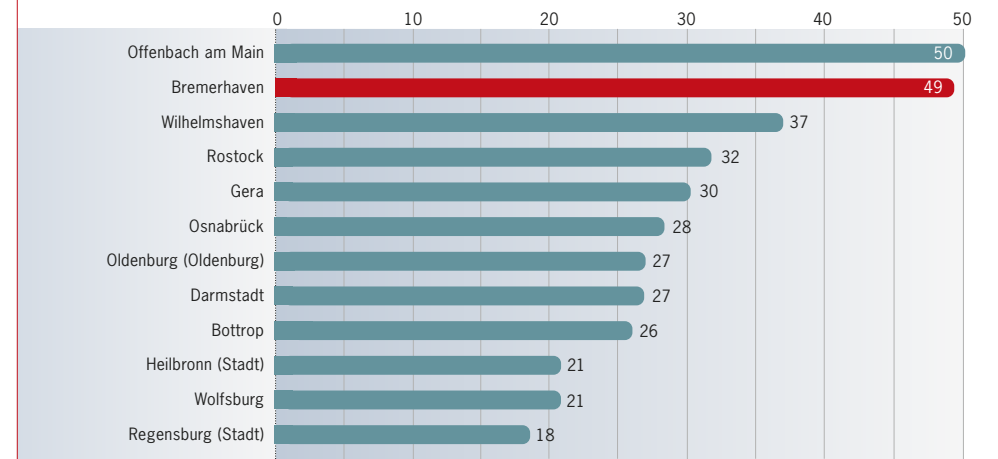
Im Land Bremen lebten zum 30.6.2009 rund 24.893 Kinder unter 15 Jahren auf Hartz-IV-Niveau. Bezogen auf 1.000 Einwohner waren damit in der Stadt Bremen 35 »nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 15 Jahren« auf staatliche Leistungen angewiesen, in Bremerhaven wird ein Wert von 49 Kindern erreicht (vgl. Abb. 153/154).

**Abbildung 153**  
Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 15 Jahren pro 1.000 Einwohner; Berichtsmonat: Juni 2009; Bremen (Stadt) im Städtevergleich



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

**Abbildung 154**  
Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 15 Jahren pro 1.000 Einwohner; Berichtsmonat: Juni 2009; Bremerhaven im Städtevergleich



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; eigene Bearbeitung

### 6.2.8 Kinderbetreuungsquoten

Zentrales Ergebnis des sogenannten ›Krippengipfels‹ von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 war es, bis zum Jahr 2013 bundesweit für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Angebot zur Kindertagesbetreuung in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter beziehungsweise einen Tagesvater zu schaffen. Gesetzlich geregelt wurde dieser Beschluss des Bildungsgipfels in dem zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Kinderförderungsgesetz (KiföG): Neben dem Ziel, bis zum Jahr 2013 bundesweit für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot zu schaffen, sieht das Gesetz ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 zudem einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres vor.

›Die Statistiken der Kindertagesbetreuung – die ›Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen‹ und die ›Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege‹ – liefern Angaben zu den Kindertageseinrichtungen und zur öffentlich geförderten Kindertagespflege, den dort (ganztags) betreuten Kindern sowie den tätigen Personen in der Kindertagesbetreuung. ... Indem sowohl Kinder in Kindertageseinrichtungen als auch solche in Kindertagespflege in der Statistik erfasst werden, ermöglicht dies einen umfassenden Überblick über die Zahl der Kinder, die Tagesbetreuung in Anspruch nehmen. Die zentrale Kennziffer dafür ist die Betreuungsquote, die den Anteil der betreuten Kinder in einer Kindertageseinrichtung und in Kindertagespflege an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe angibt.<sup>8</sup>

#### Betreuung von Kindern unter drei Jahren

Bundesweit wurden zum Stichtag 1. März 2009 414.000 Kinder unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut. Mit 20,2 Prozent lag die Betreuungsquote<sup>9</sup> damit um 2,6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr (17,6 Prozent). Die Eltern von jedem fünften Kind unter drei Jahren haben somit ein Angebot zur Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen. Im Land Bremen wurden zum selben Zeitpunkt rund 2.234 Kinder unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut, die Betreuungsquote lag damit deutlich unter dem Bundeschnitt von 13,7 Prozent (Stadt Bremen 15,0 Prozent; Bremerhaven 7,9 Prozent).<sup>10</sup>

#### Betreuung von Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren

Deutliche höhere Betreuungsquoten werden bei der Betreuung von Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren erreicht. Bundesweit waren rund 1,93 Millionen Kinder stundenweise in Kindertageseinrichtungen oder von einer Tagesmutter beziehungsweise einem Tagesvater versorgt. Erreicht wurde eine Betreuungsquote von 92 Prozent. Auch in dieser Altersklasse lag das Bundesland Bremen unter dem Bundesschnitt und erreichte eine Quote von 87,5 Prozent (Stadt Bremen 88,9 Prozent; Bremerhaven 80,9 Prozent).

Interessant ist hier wieder der Blick auf vergleichbare Referenzstädte, wie ihn die Abbildungen 155 und 156 ermöglichen. Auffällig ist hier vor allem das unterdurchschnittliche Abschneiden Bremerhavens. Die Betreuungsquote lag hier lediglich bei 80,9 Prozent.



Abbildung 155  
Betreuungsquote und Ganztagsbetreuungsquote von Kleinkindern zwischen 3 und 6 Jahren;  
März 2009; Bremen (Stadt) im Städtevergleich

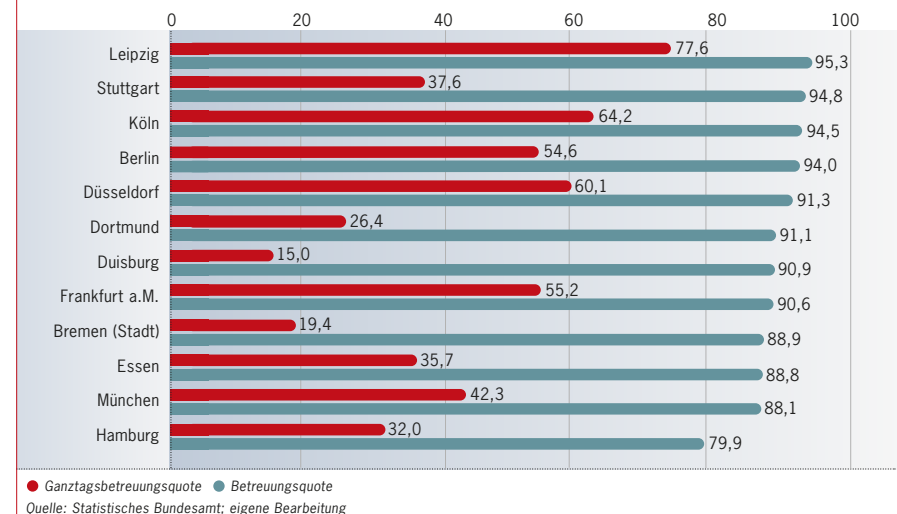
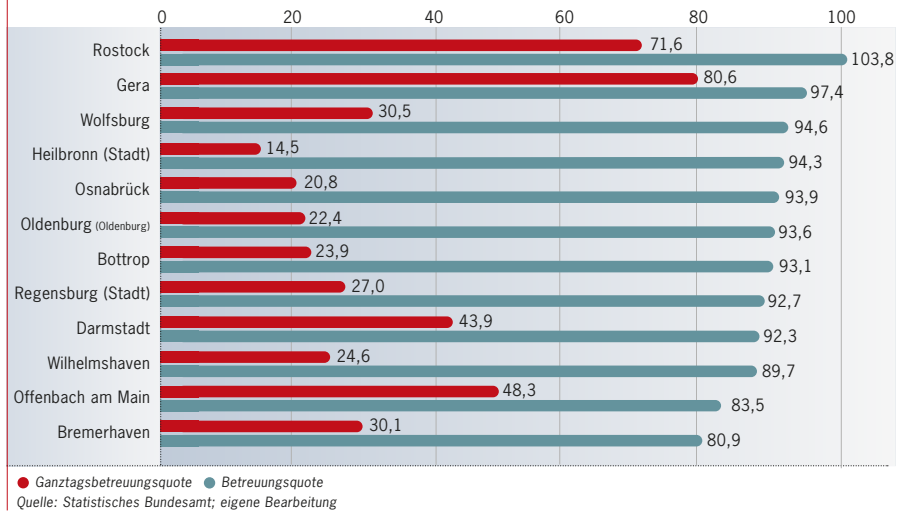




Abbildung 156  
 Betreuungsquote und Ganztagsbetreuungsquote von Kleinkindern zwischen 3 und 6 Jahren;  
 März 2009; Bremerhaven im Städtevergleich



### Ganztagsbetreuungsquote<sup>11</sup> von Kindern

Vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielen nicht nur ganztägliche Betreuungsmöglichkeiten von Kindern unter drei Jahren eine herausragende Rolle. Sind beide Elternteile berufstätig – freiwillig oder gezwungenermaßen – ist ebenfalls die Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung von Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren entscheidend.

Die Ganztagsbetreuung von Kindern im Alter unter 6 Jahren ist nach wie vor ein Bereich, der bislang vergleichsweise wenig ausgebaut ist. So wurde Anfang 2009 im bundesweiten Durchschnitt jedes zehnte Kind (9,9 %) unter 3 Jahren (202 000) und 29,9 % aller Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren (629 000) mehr als sieben Stunden in einer Kindertageseinrichtung oder in Kinder-tagespflege betreut.<sup>12</sup>



Die Abbildungen 155 und 156 geben auch über die Ganztagsbetreuungsquote von Kleinkindern zwischen drei und sechs Jahren in den bremischen Städten Auskunft. In der Stadt Bremen steht ein ganztätiges Betreuungsangebot lediglich für rund 19,4 Prozent der Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren zur Verfügung, in Bremerhaven für 30,1 Prozent. Im Land Bremen betrug diese 21,3 Prozent.

Die Ganztagsbetreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren erreichen im Land Bremen lediglich 5,8 Prozent, in der Stadt Bremen 6,1 Prozent und in Bremerhaven 4,3 Prozent – Werte deutlich unter den durch Kinderförderungsgesetz (KiföG) vorgegeben Zielvorgaben für das Jahr 2013.

1 Statistisches Bundesamt (2010):

Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich; Pressemitteilung vom 27.08.2010.

2 Statistisches Bundesamt (2010): Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich; Pressemitteilung vom 27.08.2010.

3 Anmerkung: Ein entsprechender Städtevergleich liegt für Bremerhaven nicht vor.

4 Vgl. DIW (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen; Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 7/2010.

5 Anmerkung: Daten zu einem längeren Zeitraum liegen aktuell nicht vor.

6 Vgl. Statistisches Bundesamt (2010): Jeder Elfte in Deutschland erhielt 2008 soziale Mindestsicherung.

7 Vgl. hierzu auch Kapitel 3.4 des Statistischen Jahrbuches.

8 Statistisches Bundesamt (2010): Kindertagesbetreuung regional 2009.

9 Anzahl der Kinder in der Kindertagesbetreuung je 100 Kinder in der gleichen Altersgruppe.

10 Vgl. Statistisches Bundesamt (2010): Kindertagesbetreuung regional 2009.

11 Anteil der mehr als sieben Stunden täglich betreuten Kinder an allen Kindern in der gleichen Altersgruppe.

12 Statistisches Bundesamt (2010): Kindertagesbetreuung regional 2009.



## Eine Kammer für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen

Die Arbeitnehmerkammer Bremen vertritt als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Interessen der Beschäftigten. Mitglieder der Arbeitnehmerkammer sind – so bestimmt es das ›Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen‹ – alle im Bundesland Bremen abhängig Beschäftigten (mit Ausnahme der Beamten). Zurzeit sind dies rund 283.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 71.100 Minijobber. Auch Arbeitslose, die zuletzt ihren Arbeitsplatz im Land Bremen hatten, sind Mitglieder der Arbeitnehmerkammer.

Neben einer umfassenden Rechtsberatung bietet die Arbeitnehmerkammer ihren Mitgliedern zahlreiche Informationen zu den Themen Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Kultur.

Darüber hinaus berät sie Betriebs- und Personalräte sowie die Politik und öffentliche Verwaltung im Land Bremen. Die berufliche Weiterbildung übernimmt die Wirtschafts- und Sozialakademie (wisoak).

Zusätzlichen Service und Vergünstigungen gibt es mit der KammerCard, die jedes Mitglied auf Wunsch kostenlos erhält.

[www.arbeitnehmerkammer.de](http://www.arbeitnehmerkammer.de)



Arbeitnehmerkammer  
Bremen